



Niederschrift

über die . Sitzung
des Ausländerbeirates der Stadt Lippstadt
am 06.05.2004

| | |
|----------------------|------------------------------|
| Sitzungsraum: | Sitzungsraum E.08, Ostwall 1 |
| Beginn: | 18:00 Uhr |
| Ende: | 19:15 Uhr |

Anwesend waren:

CDU-Fraktion

1 Hannelore Bartmann-Salmen CDU-Fraktion

SPD-Fraktion

2 Karl-Heinz Brülle SPD-Fraktion

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

3 Gisela Pollok Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Parteilos

4 Selami Akgül Parteilos
5 Francisco Atan Alvite Parteilos
6 Sergio Campagna Parteilos
7 Vincenzo Celeste Parteilos
8 Radoslav Djukic Parteilos
9 Hikmet Gümüs Parteilos
10 Rainer Gundlach Parteilos
11 Miodrag Jerkovic Parteilos
12 Drago Lovric Parteilos
13 Manuel Rodriguez Cameselle SPD-Fraktion
14 Giesbert Kreß BG-Fraktion

Entschuldigt

14 Nicola D´Ambrosio Parteilos
15 Giovanni De Cicco Parteilos
16 Dr. Gerhard Lonauer FDP-Fraktion
17 Oscar Moreiras Pastrana Parteilos
18 Vincenzo Pastorelli Parteilos
19 Ahmed Ramic Parteilos
20 Yilmaz Sanliunal Parteilos
21 Gerd Sieberts BG-Fraktion
22 Nedeljko Vidovic Parteilos

Verwaltung

Herr Bertelsmeier, FD 33

Herr Schaefer, FD 33

Herr Leutnant, FD 10

In öffentlicher Sitzung

Der Vorsitzende des Ausländerbeirates, Herr RODRIGUEZ-CAMESELLE, begrüßte die anwesenden Mitglieder und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

**1. Fragestunde für Einwohner
Vorlage Nr. 139/2004**

Es waren keine Einwohner anwesend.

**2. Bericht der Mitglieder des Ausländerbeirates aus den Fachausschüssen
Vorlage Nr. 140/2004**

Die Mitglieder des Ausländerbeirates berichteten über die Beratungen der jeweiligen Fachausschüsse.

**3. Wahl des Ausländerbeirates 2004
Vorlage Nr. 141/2004**

Herr LOVRIC erörterte vorab den Hintergrund des Antrages vom 31.03.2004. Herr Bertelsmeier nahm sodann Bezug auf den vorliegenden Beschluss des Ausländerbeirates vom 27.11.2003 und teilte mit, dass dieser dem Fachbereich Zentraler Service mit der Bitte um weitere Veranlassung zugeleitet worden ist.

Die Änderungen des § 27 GO wurden angeregt diskutiert und anhand einer Vorlage der Stadt Hamm genauer erörtert.

Herr Brülle erläuterte die Auswirkungen der Umbenennung des Ausländerbeirates in Imigrationsrat und zeigte rechtliche Probleme auf. Auch wies er darauf hin, dass das Hammer Modell bereits zu großen Teilen in Lippstadt umgesetzt sei und über die noch nicht umgesetzten Punkte einzeln beschlossen werden könnte.

Frau BARTMANN-SALMEN wies daraufhin, dass es sich hierbei eigentlich nur um eine Umbenennung handele. Persönliche Vertreter, sowie die Möglichkeit der Briefwahl wurden jedoch von ihr als besonders positiv hervorgehoben. Warum eine Umbenennung erfolgen soll, wäre jedoch nicht ersichtlich. Hierbei bestehe die Gefahr, daß es zu Kompetenzrängeleien zwischen dem Rat und den Ausländerbeirat kommen könnte.

Herr Leutnant wies im Rahmen möglicher rechtlicher Prüfungen darauf hin, daß das Verlassen des § 27 GO nur über die Experimentierklausel nach § 126 GO und einer Ausnahmegenehmigung durch das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen erfolgen dürfe. Weiter wies er darauf hin, daß es für nötige Briefwahlunterlagen keine anbietenden Unternehmen gebe und mögliche Übersetzungsarbeiten bei Mehrsprachigkeit schlicht unmöglich wären und den finanziellen Rahmen deutlich überschreiten.

Herr LOVRIC teilte die Auffassung des Herrn Leutnant, dass Briefwahlunterlagen - wenn dann überhaupt - nur in deutscher Sprache gefertigt werden sollten.

Herr GUNDLACH vertrat die Auffassung, dass Übersetzungen von Vorteil wären.

Herr AKGÜL vertrat die Meinung, dass die Umbenennung von Ausländerbeirat in Imigrationsrat doch recht wichtig sei.

Herr CAMPAGNA wies darauf hin, daß die Bedeutung "Integrationsrat" schon allein als Bedeutung wünschenswert wäre. Auch die Briefwahl wurde von ihm als vorteilhaft herausgestellt, jedoch wurde ein persönliches Zugehen auf die einzelnen Wähler als effektiver dargestellt.

Herr RODRIGUEZ-CAMESELLE war der Meinung, daß der Begriff "Integrationsrat" nicht von der Bedeutung des Begriffes nur als vorteilhaft angesehen werden kann. Eigentlich komme es vielmehr auf die Organisationsart des Gremiums an.

Auch Herr GÜMÜS vertrat die Auffassung, daß es bei der Benennung "Ausländerbeirat" bleiben solle. Die Kosten einer möglichen Briefwahl können laut Herrn GÜMÜS auch eingespart werden.

Frau BARTMANN-SALMEN sieht in der Möglichkeit der Briefwahl jedoch ein besonderes Indiz für die Gleichberechtigung der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Herr LOVRIC wies darauf hin, dass ihm bereits Beschlüsse anderer Kommunen vorliegen und auch schon Zustimmungen des Innenministeriums im Hinblick auf die Experimentierklausel erteilt sein sollen.

Herr CAMPAGNA äußerte die Meinung, dass schriftliche Aufforderungen an die Wähler sinnvoller als die Möglichkeit der Briefwahlen seien.

Um eine Entscheidung herbeizuführen, schlug Herr Brülle vor, die einzelnen Punkte der Beschlussvorlage der Stadt Hamm zu beraten und einzeln zu beschließen. Sodann wurde wie folgt beschlossen:

1. "Integrationsrat" statt "Ausländerbeirat", um die herausragende Bedeutung der Aufgabe der Integrationsförderung aller Zuwanderer und Zugewanderten für die kommunale Entwicklung hervorzuheben.
(4 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltung)
2. Das Wahlrecht von nach dem 01.01.1999 Eingebürgten, um sie direkt an der politischen Willensbildung in Fragen der Interessenvertretung von Zugewanderten und der Integrationsförderung zu beteiligen.
(10 Ja)
3. Die Wahl von persönlichen Vertretern/Vertreterinnen der gewählten Mitglieder, um die kontinuierliche Arbeit des Ausländerbeirates zu gewährleisten.
(9 Ja, 1 Enthaltung)
4. Die Ermöglichung der Briefwahl, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen.
(5 Ja, 5 Nein)

5. Die Übernahme der Geschäftsordnung des Rates, um die formale Einheitlichkeit der Arbeit im Rat und Ausländerbeirat sicher zu stellen.
(8 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)

6. Die Möglichkeit einer eigenständigen Öffentlichkeitsarbeit des Ausländerbeirates, um im Rahmen der Querschnittsaufgabe Integrationsförderung jederzeit und unmittelbar die einheimische und zugewanderte Bevölkerung über aktuelle Maßnahmen, Entwicklungen und Perspektiven zu informieren.
(4Ja, 6 Enthaltungen)

Herr Leutnant berichtete über die geplanten Wahlen des Ausländerbeirates und teile mit, dass ein kreiseinheitlicher Wahltag am 21.11.2004 wünschenswert sei.

Herr DJUKIC stellte an die Verwaltung die Frage, ob die Zahl der Mitglieder des Ausländerbeirates geändert werden soll?

Herr Leutnant teilte mit, dass seitens der Verwaltung dem Rat vorgeschlagen ist, die Anzahl der Mitglieder von z. Z. 17 auf dann 13 zu ändern. Hintergrund dieser vorgesehenen Änderung sei vor allem eine damit erzielte Kostenersparnis.

Herr CAMPAGNA stellte den Antrag, den Rat zu bitten, die bisherige Anzahl der Mitglieder des Ausländerbeirates, nämlich 17, zu belassen. Über den Antrag wurde wie folgt abgestimmt: 7 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung.

4. **"Tag des ausländischen Mitbürgers" am 12.06.2004;**
hier: Sachstandsbericht
Vorlage Nr. 142/2004

Herr Bertelsmeier berichtet über den aktuellen Sachstand im Hinblick auf die Vorbereitungen für den "Tag des ausländischen Mitbürgers" am 12.06.2004. Er berichtete über die Ergebnisse der erfolgten Sitzung der Arbeitsgruppe und hob besonders nochmals die Teilnahme des Heimatbundes sowie das Vorhandensein der Knaxburg und des Spülmobils hervor. Weiter nannte er in diesem Zusammenhang nochmals die teilnehmenden Gruppen und Vereine und wies auf die verpflichtete Band hin.

Herr Bertelsmeier wies darauf hin, dass die zur Verfügung stehenden Tische und Stühle jeweils nur für die Gäste bestimmt sind und die teilnehmenden Institutionen und Vereine sich selbst um nötige Sitzgelegenheiten etc. kümmern müssten.

5. **Meinungsaustausch mit den Ausländerbeiräten anderer Städte;**
hier: Sachstandsbericht
Vorlage Nr. 143/2004

Herr Bertelsmeier teilt den Anwesenden mit, dass die Stellungnahmen der angefragten Städte Wesel, Paderborn und Gütersloh noch nicht vorliegen. Er unterbreitete den Vorschlag, diese Städte nicht erneut

anzuschreiben, da das Ausbleiben der Antworten auf mangelndes Interesse hindeuten dürfte.

Dieser Meinung schlossen sich die Anwesenden einstimmig an.

6. **Verschiedenes**

Herr GÜMÜS fragte an, wie hoch der aktuelle Anteil der ausländischen Mitbürger in Lippstadt sei.

Nach Angaben von Herrn Bertelsmeier liegt der prozentuale Anteil bei z. Z. 9,67 %. Er sicherte zu, dem Protokoll der heutigen Sitzung eine entsprechende Statistik beizufügen.

Bezüglich der Auszahlung von freiwilligen Zuschüssen an die Vereine erwähnte Herr Bertelsmeier, dass diese Zuschüsse erst nach Rechtskraft der Haushaltssatzung ausgezahlt werden können.

Vorsitzende/r

Schriftführer/in